

19. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion der CDU

### **Missbilligung der überforderten Schulsenatorin Busse**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus missbilligt die bisherige Amtsführung der Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Astrid-Sabine Busse. Frau Senatorin Busse hat bei den Herausforderungen der Schulpolitik völlig versagt, zuletzt mit dem Eingeständnis, dass im kommenden Schuljahr bis zu 1.000 Pädagogen an den Berliner Schulen fehlen werden. Neuere Prognosen gehen sogar von einer noch höheren Anzahl fehlender Lehrer aus. 1.000 Lehrer zu wenig führen an den Berliner Schulen umgerechnet zu:

- einem Ausfall von 26.000 Unterrichtsstunden, oder
- eine komplette Klasse pro Schule hat für das gesamte Schuljahr keinen einzigen Lehrer, oder
- mehr als 12.000 Schüler stehen für das gesamte Schuljahr ohne Unterricht da, oder
- 20 Schulen werden geschlossen.

Der Senat wird aufgefordert, einen Neubeginn in der Schulpolitik einzuleiten und die notwendigen personellen und sachlichen Voraussetzungen zu schaffen, für eine bedarfsgerechte Lehreranzahl, ausreichende Schulplätze, schnellen Schulneubau, mehr Eigenverantwortung der Schulen sowie für einen modernen Lehrplan, der die Chancen der Digitalisierung nutzt.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30.06.2022 und damit rechtzeitig vor Beginn des neuen Schuljahres 2022/2023 zu berichten.

### ***Begründung:***

Am 21. Dezember 2021 hat Frau Busse das Amt der Bildungssenatorin angetreten. Erstmals eine Praktikerin mit jahrzehntelanger Erfahrung. Entsprechend groß waren die Hoffnungen und Erwartungshaltungen der Berlinerinnen und Berliner nach über zwei Dekaden desaströser Bildungspolitik durch die SPD. Doch diese Erwartungen wurden enttäuscht. Von Anfang an lässt die Bildungssenatorin jegliche Vision für die Berliner Bildungslandschaft sowie wichtige Schwerpunktsetzungen vermissen. In Krisen wirkt sie verloren, hat während explodierender Coronazahlen zunächst den „grünen Frosch“ als Hygieneartikel für die Schulen gelobt, um kurz danach vollkommen überstürzt und ohne Rücksprache mit Experten die Schulen in den freiwilligen Lockdown zu schicken. Auch in der Ukraine-Krise gab es keinen Fahrplan, keine Idee, geschweige denn eine Handlungsanleitung an die Schulen, wie sie mit den geflüchteten Kindern und Jugendlichen umzugehen haben. „Ein Stuhl mehr“ sagte die Regierende Bürgermeisterin und es scheint, mehr war die Bildungssenatorin auch nicht gewillt zu tun. Bis heute sind die knapp 3.000 Schülerinnen und Schüler größtenteils ohne Schulzuganguntersuchung in den Schulen, ein Brandbrief der Bezirke aufgrund massiven Schulplatzmangels blieb unbeantwortet und das ukrainische digitale Schulsystem kann bestenfalls additiv eingesetzt werden, aber ohne digitale Unterstützung durch den Senat.

Dieses Desinteresse, diese Ideenlosigkeit und das komplett fehlende Engagement für unsere Schulen, Pädagogen, Schüler und deren Familien gipfelte in der Pressemitteilung über die fehlenden Lehrer zum kommenden Schuljahr. Ca. 1.000 Pädagogen – neuere Prognosen gehen von noch höheren Zahlen aus – werden in Berlin ab August 2022 fehlen und es gibt keine konkreten Maßnahmen, die die Senatorin vorgestellt hat, um an diesem Zustand kurz-, mittel- und langfristig etwas zu ändern. Eine von ihr vorgeschlagene gerechte Verteilung wird an dem Defizit nichts ändern. Angedachte Ergotherapeuten und Logopäden sind sinnvoll, aber längst als multiprofessionelle Teams und nicht an Stelle von Lehrern gefordert. Wieder einmal werden die Schulen allein gelassen. Niemand weiß, was die Grenze zur Deckelung der Lehrerstellen an einer Schule unter den nun nicht mehr haltbaren 100% ist. Die GEW bezeichnet die Senatorin als ideenlos, Eltern sind entrüstet und verzweifelt ob der Qualität der Schulbildung ihrer Kinder.

Berlin, 31. Mai 2022

Wegner Günther-Wünsch  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU